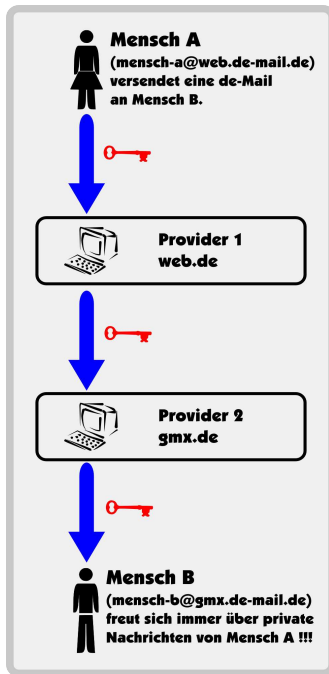


Wie funktioniert eine de-Mail?



Stark vereinfachte Darstellung des beispielhaften Weges einer de-Mail

Mensch A möchte an Mensch B eine E-Mail schreiben.

Dazu meldet er sich mit seinem Benutzernamen und Passwort bei seinem Provider an, schreibt die E-Mail und versendet sie.

Die E-Mail wird verschlüsselt an seinen Provider gesendet.

Dieser entschlüsselt die E-Mail, überprüft sie auf das Vorhandensein von Viren, verschlüsselt den Inhalt wieder neu und versendet ihn an den Provider des Empfängers.

Dort wird die Nachricht wieder entschlüsselt, wieder geprüft und nach wiederum erneuter Verschlüsselung an Mensch B gesendet, der sie unter Zuhilfenahme seiner Kenndaten entschlüsseln und lesen kann.

Das ganze läuft automatisiert und im Hintergrund ab. Beim Versand oder Empfang einer wichtigen Mail (z.B. so genanntes de-Mail-Einschreiben) benötigt man auch noch eine elektronische Chipkarte (oder den neuen E-Personalausweis) zur Authentifizierung seiner selbst. Diese Chipkarte hat einen elektronischen Code gespeichert, den man die „elektronische Signatur“ nennt.

Was sind „de-Mail“ und „Bürgerportal“

Das „Bürgerportal“ ist ein gemeinsames Projekt der Bundesregierung und der Deutschen Telekom AG.

Es bietet die Vergabe von besonderen E-Mail-Adressen an Bürger, Behörden und Unternehmen an, die so genannten „de-Mail-Adressen“.

Es wird per Identitätskontrolle genau überprüft und Buch geführt, an wen die E-Mail-Adressen vergeben worden sind, so dass Sie immer dann, wenn Sie mit Ihrer eigenen de-Mail-Adresse an jemand anderen mit einer de-Mail-Adresse eine E-Mail schreiben sicher sein können (sollen!), dass es wirklich genau diese Person ist, die die E-Mail erhält und nicht irgend jemand, der sich nur dafür ausgibt.

Außerdem soll über die von den Projektträgern geschaffene Infrastruktur auch gewährleistet sein, dass niemand anderes Ihre E-Mail abfangen und lesen kann.

Damit soll Firmen z.B. ermöglicht werden, per E-Mail rechtsgültige Verträge zu schließen.

Mit so genannten „de-Mail-Einschreiben“ ist es möglich, eine authentifizierte Bestätigung zu erhalten, dass Ihre E-Mail im Postfach Ihres Adressats angekommen ist und diese Bestätigung soll dann auch „gerichtsfest“ sein.

Und schließlich soll Ihnen auch noch die Möglichkeit gegeben werden, in Ihrem eigenen „De-Safe“ wichtige elektronische Dokumente sicher ablegen zu können.

Das gesamte Projekt wurde 2008 begonnen und soll – trotz Protesten von Datenschützern und Oppositionsparteien – durch die Schaffung eines „Bürgerportalgesetzes“ noch im Jahr 2010 in die Praxis umgesetzt werden.

Die Deutsche Post AG plant ein ähnliches Projekt in Konkurrenz zum Bürgerportal.

Herausgeber dieses Blattes:

AK Vorrat, Ortsgruppe Hannover

Stand: April 2010

<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

Mehr Infos zum Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung:

www.vorratsdatenspeicherung.de

V.i.S.d.P.

Michael Ebeling, Kochstraße 6, 30451 Hannover,

micha_ebeling@gmx.de

Dieser Flyer steht unter Creative-Commons-Lizenz: by-nc-nd



de-Mail und Bürgerportal

Aufklärung,
Information,
Kritik

Kritik

Die Absicht, allen Bürgern auf möglichst umstandlose Art und Weise den Zugang zu gesicherter elektronischer Kommunikation zu ermöglichen ist genau so lobens- und begrüßenswert wie die Schaffung rechtsgültiger Vorschriften für juristisch belastbare elektronische Geschäftsbeziehungen.

Doch an der konkreten Ausführung haben wir aus informations- und datenschutztechnischer sowie bürgerrechtlicher Sicht erhebliche Bedenken anzumelden:

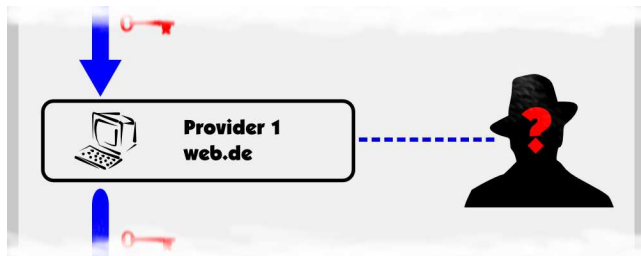
Unsicheres technisches System

Zwar werden die E-Mails auf den Weg hin und weg von den (privatwirtschaftlich, also gewinnorientiert betriebenen) Providern verschlüsselt, doch beim Provider erscheinen alle gesendeten E-Mails, Dokumente und Daten wieder unverschlüsselt.

Dieses grundsätzliche Strukturproblem wird auch durch noch so hohe Anforderungen an die Provider nicht verhindern können, dass es zu Skandalen durch Datenmissbrauch, -manipulation oder -abgriff kommen wird.

Auch die (gut gemeinte?) Maßnahme, dass der Provider alle entschlüsselten Daten zunächst auf Viren und „Malware“ durchleuchten soll lässt im Zusammenhang mit der Tatsache, dass das Bundesinnenministerium stark an der Entwicklung des Projekts eingebunden ist, Zweifel und Sorgen über die Integrität des Systems aufkommen.

Mal ganz direkt gefragt: Wie vertrauenswürdig ist ein E-Mail-System, an deren Entwicklung die gleichen Politiker wesentlichen Einfluss genommen haben, die schon seit Jahren für Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung und Internet-Zensur plädieren?



Auch wird verschwiegen, dass bereits am Rechner der Nutzer die Gefahr besteht, dass durch Trojaner und Viren Passwörter, E-Mails und Dokumente ausspioniert werden können.

Schließlich sorgt das Prinzip des Bürgerportals dazu, dass alle eine Person betreffenden E-Mail-Kontakte zwangsweise über ihren einen Provider abgewickelt werden müssen – alle Kontaktdaten laufen also an diesem einen Punkt zusammen – eine gewagte Konstruktion...



Schaffung einer trügerischen Schein-Sicherheit

Den potentiellen de-Mail-Nutzern des Systems wird eine angeblich fehlerfreie Sicherheit suggeriert, die in Wirklichkeit nicht existiert.

Man möchte den Bürgern die Verantwortung für die Sicherheit und Vertraulichkeit ihrer Kommunikation abnehmen. Gut gemeint. Doch schlecht, wenn das angebotene System keine Vertraulichkeit bieten kann.

Initiativen zur Umsetzung wirksamerer Ende-zu-Ende-Verschlüsselungssysteme wie PGP z.B. werden zwar nicht verhindert, aber auch nicht ausdrücklich gefördert.

Darüber hinaus sind auch alle rechtlichen Fragen, ob denn die per de-Mail erzeugten Empfangsbestätigungen rechtskräftig sein werden, noch nicht entschieden oder geklärt worden.

Fragliche Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und Privatwirtschaft

An der Umsetzung des „Bürgerportals“ sind die beiden großen ehemaligen Staatsbetriebe Deutsche Telekom und T-Systems maßgeblich beteiligt.

Damit hat man sich zwei Großunternehmen an Bord geholt, die in der Vergangenheit durch die größten Daten-Missbrauchsskandale in Verruf geraten sind.

Nach den massiven illegalen Raster- und Personaldurchleuchtungsmaßnahmen dieser Firmen fällt es schwer, Vertrauen in das de-Mail-Projekt zu fassen...

Ungeklärte Fragen zu Kosten und Wirtschaftlichkeit

Mehr oder weniger stillschweigend wird davon ausgegangen, dass durch diese neuen Dienste (außer den Entwicklungskosten des Projekts) keine neuen Kosten für

den Bürger entstehen. Doch das ist nicht gesichert und es gibt darüber auch kein Abkommen mit den Providern.

Auch wirbt die Bundesregierung damit, dass „keine weiteren Installationen von Hardware oder Software“ erforderlich seien und vergisst zu erwähnen, dass zur Nutzung der Authentifizierung ein Kartenlesegerät mit eigener Treiber-Software notwendig wird.

Und natürlich muss sich der Bürger auch erst noch seine „elektronische Signatur“ im neuen elektronischen Personalausweis oder auf einer Chipkarte besorgen und auch dafür bezahlen, um am System teilnehmen zu können.

Zwang zur Teilnahme und zur Aufgabe von Anonymität

Wir befürchten, dass jeder Bürger mehr oder weniger direkt und offensichtlich zur Annahme einer de-Mail-Adresse und einer elektronischen Signatur gezwungen sein wird. Das lässt auch die Ausrichtung des ELENA-Projekts klar deutlich werden.

Menschen, die nicht daran teilnehmen wollen oder können, werden dadurch ausgegrenzt, im Einzelfall vielleicht sogar stigmatisiert oder kriminalisiert!

Es ist bekundete Absicht, dass jegliche anonyme Kommunikation über das Internet unterbunden werden soll, was dem freiheitlichen Wesensgehalt und dem Ursprungsgedanken des Internets diametral entgegen steht.

Juristen und Datenschützer kritisieren die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, behördliche Bescheid ohne Empfangsbestätigung elektronisch zuzustellen. Damit könnten Bescheide rechtswirksam werden, ohne dass der Betroffene überhaupt davon erfährt.

Unser Fazit

Zusammengefasst schlussfolgern wir, dass das „Bürgerportal“ in der vorgesehenen Ausführung technisch unsicher und unausgereift, rechtlich unklar und bürgerrechtlich schwer bedenklich ist.

Bitte informieren Sie sich selber, kritisch und unabhängig, machen Sie sich ein eigenes Bild und bilden Sie sich eine eigene und unabhängige Meinung.

Und (gegebenenfalls):

Wehren Sie sich!